

Antrag

der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Kerstin Müller (Köln), Dr. Uschi Eid, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Alexander Bonde, Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Rainer Steenblock, Jürgen Trittin und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Afrika beim Schutz der Umwelt, des Klimas und der Anpassung an den Klimawandel unterstützen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Umwelt und Ressourcen – so stellen die Autoren des Africa Environment Outlook 2007 des Umweltprogramms der Vereinten Nationen fest – sind der größte Reichtum Afrikas. Diese können, so sie nachhaltig genutzt werden, zur Entwicklung Afrikas beitragen. Aktuell zeigen allerdings viele Trends in eine andere Richtung. Besondere Herausforderungen bilden die fortschreitende Entwaldung durch Abholzung und Nutzung von Holz zum Kochen und Heizen, das Vordringen der Wüste, der Verlust der Biodiversität, der nicht nachhaltige Umgang mit Wasser in der Landwirtschaft, sowie die oftmals nicht nachhaltige Rohstoffgewinnung, sei sie legal oder illegal. Der weltweite Wettlauf um knapper werdende Ressourcen kann bestehende negative Trends verschärfen.

Gerade aber der Klimawandel bedeutet für Afrika eine besondere Herausforderung. Kein Kontinent wird so stark vom Klimawandel betroffen sein, wie Afrika. Werden keine angemessenen Antworten auf die Umwelt- und Ressourcenprobleme wie auch den Klimawandel gefunden, so drohen in den kommenden Jahrzehnten verstärkt Nahrungsmittelknappheit, Hungerrevolten, Verteilungskonflikte und Zunahme von Umweltflüchtlingen.

Der Schutz der Umwelt muss weltweit, aber gerade auf dem afrikanischen Kontinent einen höheren Stellenwert bekommen. Dabei kann man sich nicht allein auf die Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Initiativen, wie beispielsweise das „Green Belt Movement“, welches die heutige Nobelpreisträgerin Wangari Maathai ins Leben gerufen hat oder der „African Climate Appeal“, verlassen. Laut des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) muss der Erhalt der Umwelt auf Regierungsebene dramatisch an Bedeutung gewinnen.

Viele afrikanische Staaten haben zwar die Bedeutung des Umweltschutzes erkannt, so die Einschätzung des Berichts, doch aktuell gehören Umweltministerien und Umweltinstitutionen zu den „schwachen Akteuren“ auf dem Kontinent. Zudem fehlt es weiterhin auf vielen Gebieten an der notwendigen Expertise, um schwerwiegende ökologische Problemfelder entsprechend anzugehen. Es fehlen zudem wichtige internationale Schutzregelungen wie zum Beispiel die Umset-

zung des UN-Abkommens zur biologischen Sicherheit beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (Biosafety-Protokoll) in nationales Recht.

Aber es gibt auch Anzeichen, dass im Rahmen der Afrikanischen Union und der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung NEPAD vor allem durch den 2003 verabschiedeten NEPAD-Umweltaktionsplan dem Schutz der Umwelt ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Die EU hat sich gegenüber Afrika verpflichtet, hierauf zu reagieren. Der gemeinsame Aktionsplan von EU und AU im Rahmen der in Lissabon Ende 2007 beschlossenen Gemeinsamen Strategie sieht explizit den Aufbau einer Partnerschaft zur Bekämpfung des Klimawandels, einer Energiepartnerschaft wie auch einer Partnerschaft zur Erreichung der Millenniumsziele vor.

Von afrikanischer, europäischer und deutscher Seite wird festgestellt, dass sich bei gleichbleibender Entwicklung die Umweltparameter verschlechtern. Dieser Befund muss als Weckruf dienen, die Anstrengungen zum Schutz und zum Erhalt der Umwelt zu verstärken. Es kann dabei kein „entweder Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung oder Bekämpfung der Armut“ geben: Lange Zeit dominierte im Entwicklungsdiskurs die Vorstellung, zuerst seien die sozialen Probleme zu lösen und dann könne man sich – von einem höheren Wohlstandsniveau ausgehend – auch dem Schutz der Umwelt verschreiben. Diese Trennung ist in der heutigen Situation obsolet geworden. Auf einem Kontinent, auf dem noch rund 70 Prozent der Bevölkerung vom Land und auf dem Land leben, hängen Armutsbekämpfung und ein schonender Umgang mit der Umwelt unmittelbar zusammen.

Der Deutsche Bundestag sieht die Notwendigkeit der verstärkten Zusammenarbeit mit Afrika in folgenden Bereichen:

1. Beim Kampf gegen den globalen Klimawandel und bei den Anstrengungen zur Anpassung infolge des Klimawandels. Afrika ist mehr als andere Kontinente vom Klimawandel betroffen, gleichzeitig aber auch durch seinen ungeheuren Reichtum an biologischer Vielfalt und noch intakten Regenwäldern für die Stabilisierung des Klimas weltweit von Bedeutung.
2. Bei der Fortentwicklung einer umwelt-, klima- und sozialverträglichen Landwirtschaft, die einen Schlüsselbereich für die Bekämpfung der Armut darstellt. Insbesondere sollen auch konkrete Projekte und Programme zum Schutz der Biologischen Vielfalt im Bereich der tropischen Regenwälder entwickelt werden.
3. Bei der Rohstoffnutzung, deren Intensität in den vergangenen Jahren stark zugenommen hat und auf lange Sicht weiter anhalten wird, ohne dass große Teile der Bevölkerung in rohstoffreichen afrikanischen Staaten davon profitiert hätten.
4. Bei der Verbesserung der Trinkwasserversorgung und des Zugangs zu sanitärer Grundversorgung, ohne die wesentliche Entwicklungsziele nicht umgesetzt werden.
5. Bei der Handels- und Umweltpolitik, bei denen Europa und Deutschland als Hauptabsatzmärkte für afrikanische Produkte zur Verbesserung der Standards beitragen können, vor allem jedoch die eigene Kohärenz unterschiedlicher Politiken verbessern müssen.
6. Bei der Umsetzung internationalen Sicherheitsstandards zum Schutz der biologischen Vielfalt beim Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen (u. a. Biosafety-Protokoll) und bei Schutzregelungen im Zusammenhang der Patentierung von genetischen Ressourcen;
7. Beim Aufbau nachhaltiger dezentraler Energiesysteme vorrangig durch die Nutzung von Sonne, Wind, Geothermie und Wasser;

Der Deutsche Bundestag verweist an dieser Stelle auch auf den Antrag „Tropenwaldschutz braucht solide Finanzierung – Entwaldung vermeiden, Klima- und Biodiversität schützen“ (Bundestagsdrucksache 16/9065) sowie den Antrag „Erhalten, was uns erhält – Die UN-Konferenzen zur biologischen Sicherheit und zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt zum Erfolg machen“ (Bundestagsdrucksache 16/8890).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, Afrika im Klimawandel

1. Afrika bei den nötigen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel umfassend zu unterstützen;
2. Afrika bei der Entwicklung und Umsetzung nationaler Aktionspläne zur Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen;
3. sich für einen verbesserten Technologietransfer für die Vermeidung von Klimawandel und die Anpassung an den Klimawandel einzusetzen;
4. sich dafür einzusetzen, dass wesentliche Mittel des Fonds zur Anpassung an den Klimawandel für afrikanische Staaten zur Verfügung gestellt werden;
5. die Programme zum Erhalt der afrikanischen Tropenwälder bilateral aufzustoßen und sich ebenso in der Weltbank und der Afrikanischen Entwicklungsbank für einen Ausbau von Waldschutzprogrammen einzusetzen;
6. sich dafür einzusetzen, dass die afrikanischen Schutzgebiete und deren Vernetzung als zentrales Element zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zur Verminderung der Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt ausgebaut werden;
7. sicherzustellen, dass alle relevanten Programme der Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika sowohl auf ihre Klimarelevanz überprüft werden, als auch auf ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt;
8. die Mittel für Programme der bilateralen Zusammenarbeit in Afrika für den Erhalt der biologischen Vielfalt zu verdoppeln;
9. sicherzustellen, dass die Finanzierung des Klimaschutzes nicht zu Lasten der Finanzierung anderer Millenniumsentwicklungszielen erfolgt;
10. anzuregen, dass im Rahmen von NEPAD und des African Peer Review Mechanism über eine länderübergreifende Politik zur Anpassung an den Klimawandel und zum Klimaschutz beraten wird;
11. den Aufbau weiterer Forschungskapazitäten zum besseren Verständnis der Auswirkungen des Klimawandels auf den afrikanischen Kontinent finanziell zu fördern;
12. sich an der Einführung und Stärkung von Frühwarnungssystemen zu beteiligen;
13. den Aufbau zusätzlicher afrikanischer Kapazitäten („capacity building“), der für die angemessene Beteiligung an den Klimaverhandlungen unerlässlich ist, zu fördern;
14. die grenzüberschreitende „Waldinitiative Kongobecken“ zu intensivieren und gemeinsam mit den afrikanischen Partnern über neue Ansätze eines verbesserten Waldschutzes zu verhandeln;
15. sich für verbindliche Regeln in Deutschland, der EU und der G8 einzusetzen, die den Handel mit illegal geschlagenem Holz wirkungsvoll unterbinden;

16. sich dafür einzusetzen, dass die Bekämpfung des Klimawandels und die Anpassung an den Klimawandel systematisch in die bilaterale und multilaterale Entwicklungspolitik und die Strategien zur Bekämpfung der Armut integriert werden;
17. Afrikanische Nichtregierungsorganisationen und die afrikanische Zivilgesellschaft, die sich im Kampf gegen den Klimawandel engagieren, stärker zu fördern;

Umweltverträgliche Landwirtschaft

18. sich für faire und gerechte Welthandelsabkommen, regionale Handelsabkommen und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) einzusetzen und jegliche Formen von Subventionen abbauen, die die afrikanische Landwirtschaft negativ beeinflussen;
19. den Marktzugang für afrikanische Produkte zu verbessern, sich für höhere soziale und ökologische Standards einzusetzen und afrikanische Regierungen mittels spezieller Schutzklauseln in die Lage zu versetzen, sensible Bereiche zu schützen;
20. keine landwirtschaftlichen Entwicklungsprogramme in Afrika zu fördern, die den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen vorsehen;
21. die Mittel für die Unterstützung der afrikanischen Landwirtschaft in der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit bis 2010 mindestens zu verdoppeln und dabei besonders zur Stärkung der lokalen und regional orientierten Landwirtschaft beizutragen;
22. bei allen Formen der Kooperation auf die besonderen Auswirkungen auf Frauen zu achten und diese wo immer möglich einzubeziehen, da sie die meiste Arbeit in der Landwirtschaft verrichten;
23. die Forschungsmittel für eine umwelt- und klimaangepasste afrikanische Landwirtschaft aufzustocken und dabei besonders afrikanische Forschungskapazitäten zu verbessern;
24. den Wissenstransfer aus der Forschung über nachhaltige Formen der Landwirtschaft zu verbessern;
25. den Schutz der biologischen Vielfalt und die Eindämmung der Wüstenausbreitung durch nachhaltige Landnutzung zum obligatorischen Förderkriterium in allen hierfür relevanten Projekten und Programmen zu erheben;
26. Forschungsk Kooperationen in den Bereichen Umwelt, erneuerbare Energien zu schaffen und vorhandene auszubauen;
27. sich für verbindliche Regeln im Zusammenhang der Biopatentierung einzusetzen, so dass Patente auf Pflanzen, Tiere und biologische Züchtungsverfahren in der EU und international unterbunden werden und bei Patentanmeldungen die Herkunftsangabe zwingende Voraussetzung ist;

Umwelt und Rohstoffnutzung

28. die rohstoffreichen afrikanischen Partnerländer besonders in den Bereichen gute Regierungsführung, Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards in der Extraktionsökonomie, entwicklungsförderlicher Einsatz der Rohstoffgewinne und in der Identifizierung und Entwicklung alternativer Wirtschaftsbereiche zu unterstützen;
29. sich bei Privatbanken und Finanzinstitutionen dafür einzusetzen, mindestens die sogenannten Equator Principles zu zeichnen und auf die Einhaltung der dort festgelegten ökologischen und sozialen Standards zu achten;

30. sich in der G8 im Rahmen des „Heiligendamm-Prozesses“ dafür einzusetzen, mit den Schwellenländern ein Rohstoffregime auszuarbeiten, welches Transparenzkriterien mit sozialen und ökologischen Standards kombiniert;
31. die afrikanischen Länder mit Kandidatenstatus bei der Transparenzinitiative EITI technisch wie finanziell bei der Umsetzung der Kriterien zu unterstützen;
32. sich aktiv für EITI++ einzusetzen, so dass die Pilotphase mit Guinea und Mauretanien erfolgreich abgeschlossen werden kann und zum integralen Bestandteil des Gesamtkonzeptes werden kann;
33. sich dafür einzusetzen, dass die Rohstoffunternehmen aus den aufstrebenden Schwellenländern, insbesondere China, am EITI-Prozess teilnehmen;

Umwelt und Wasser

34. eine internationale Initiative zu lancieren, um den UN-Generalsekretär dabei zu unterstützen, „Wasser und Entwicklung“ mit besonderem Fokus auf Afrika 2008 zur Priorität auf der internationalen Agenda zu machen;
35. die für die Umsetzung der für ein nachhaltiges Wassermanagement besonders relevanten Teile der Ministererklärungen der Afrikanischen Wasserwoche von Tunis von März 2003 und der afrikanischen Sanitärkonferenz „African + 5“ sowie des Beschlusses des kommenden AU-Gipfels zu Wasser und Sanitärversorgung entschlossen zu unterstützen;
36. sowie sich dafür einzusetzen, das Thema „Wasser und Abwasser in Afrika“ prominent auf die Tagesordnung des G8-Gipfels in Japan zu platzieren;
37. die Entwicklung und Implementierung von nationalen Plänen zum Integrierten Wasserressourcenmanagement „Plänen zur Anpassung an den Klimawandel“ sowie das Integrierte Management von Wasser- und Landressourcen entschlossen zu unterstützen;
38. innovative und nachhaltige Konzepte bei Sanitärversorgung, Abwassermanagement und Wasserversorgung voranzutreiben, insbesondere die wiederverwertungsorientierten Ansätze der Sanitärversorgung von der Ebene der Beispielprojekte zu breitenwirksamen Programmen auszubauen, die Abwasserklärung in besonders kritischen Bereichen entschlossener zu unterstützen, und das gezielte „Ernten“ von sauberem Wasser (so genanntes rainwater harvesting) als Wasserquelle zu fördern;

Handel und Umwelt

39. sich für eine „neue Generation“ von EU-Fischereiabkommen einzusetzen, die zur fairen Beteiligung der lokalen und regionalen Bevölkerung an den Vorteilen der Abkommen führt;
40. bei der Ausgestaltung von Fischereiabkommen den Aspekten der Ernährungssicherheit für die lokale und regionale Bevölkerung Vorrang einzuräumen;
41. gemeinsam mit den afrikanischen Partnern über nachhaltige Nutzungskonzepte vor Ort zu diskutieren.

Umwelt und Energie

42. sich im Rahmen der EU-Afrika Energiepartnerschaft für erhöhte Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz einzusetzen und dabei jegliche Zusammenarbeit in Fragen der Nutzung der Atomenergie auszuschließen;

43. die Mittel für die bilateralen Programme der Förderung erneuerbarer Energien für afrikanische Staaten zu erhöhen;
44. die KfW-Sonderfazilität für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in Entwicklungsländern, deren Mittel aktuell durch Zusagen verausgabt sind, aufzustocken und sicherzustellen, dass durch eine Mischfinanzierung jährlich 800 Mio. Euro für die Fazilität generiert werden;
45. sich für die Fortsetzung des mit der Konferenz zu erneuerbaren Energien in Bonn 2004 eingeleiteten Austauschs mit Entwicklungsländern, insbesondere Stärkung des globalen Politiknetzwerks REN21 einzusetzen;
46. Einnahmen aus innovativen Formen der Entwicklungsfinanzierung auch Energieprojekten in Afrika zugute kommen zu lassen;
47. sich dafür einzusetzen, dass Unternehmen, Banken, Fondsgesellschaften und Pensionsfonds ihre Investitionen umlenken und einen wachsenden Anteil in den Aufbau von erneuerbaren Energien in Entwicklungs- und Schwellenländer lenken.

Berlin, den 28. Mai 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und die Fraktion

Begründung

Afrika im Klimawandel

Die Erkenntnisse des UN-Weltklimarats (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) über die Auswirkungen des Klimawandels sind eindeutig: Afrika wird wie kein anderer Kontinent von den Folgen des Klimawandels betroffen sein. Die Fähigkeiten, aus eigener Kraft auf diese Herausforderungen zu reagieren, sind eingeschränkt und machen den Kontinent besonders verletzlich. Den Voraussagen der Forscher zu Folge wird damit ein Kontinent, der für keinen relevanten Beitrag zur Erderwärmung verantwortlich ist, zu einem der Hauptleidtragenden.

In einem Aufruf von Afrikanerinnen und Afrikanern aus der Zivilgesellschaft „Afrikas Stimme gegen den Klimawandel“ heißt es wie folgt: „In reichen Ländern ist der Klimawandel Anlass zur Sorge, weil er den Wohlstand der Bevölkerung gefährdet. Doch in Afrika, das zum Klimawandel kaum beiträgt, ist der Klimawandel eine Frage von Leben und Tod.“

Missernten, Fortschreiten der Desertifikation, unregelmäßige Regenfälle, Überschwemmungen, Dürren – all diese Entwicklungen haben bereits begonnen. In Teilen Afrikas steigen die Temperaturen doppelt so schnell wie in anderen Teilen der Welt. Der Bericht des UN-Weltklimarats sagt, eine Verringerung der Ernten bis zu 50 Prozent in der Getreideproduktion bis zum Jahr 2020 voraus. Ein erschreckendes Szenario.

Die Verfügbarkeit von Wasser wird unberechenbarer, dabei nehmen entweder Überschwemmungen oder anhaltenden Dürren zu. Schon heute hat ein Viertel der afrikanischen Bevölkerung keinen gesicherten Zugang zu ausreichendem und sauberem Trinkwasser. Afrikas Landwirtschaft ist deshalb besonders klimasensibel, weil im wesentlichen Regenfeldbau betrieben wird. Sollte die Landnutzung durch die Folgen des Klimawandels eingeschränkt werden, schlägt dieses unmittelbar auf die Bevölkerung durch. Rund 70 Prozent der Bevölkerung

arbeiten in der Landwirtschaft und leben von ihr. Zudem sind 40 Prozent der Exporte agrarischer Natur.

Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Armut lässt sich auch an anderer Stelle belegen. Da in der Regel keine angepassten sozialen Sicherungssysteme bestehen, bedeutet Ernteausfall fast automatisch die Einschränkung des Nahrungsmittelverbrauchs, eine Zunahme von Unter- und Mangelernährung und das Fehlen von Saatgut für die nächste Anbausaison. Zudem wird ein Vordringen der Malaria und anderer Krankheiten infolge des Klimawandels beobachtet.

In jüngster Zeit wird vermehrt – beispielsweise im Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU 2008) auf den Zusammenhang von Klimawandel und Sicherheit, sowie hierbei die mögliche Zunahme von Konflikten hingewiesen. Die Verknappung von nutzbaren Böden und Wasser kann zu Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten, aber auch zwischen Flussanrainerstaaten führen. Auch die Zahl innerafrikanischer Umweltflüchtlinge wird vermutlich infolge des Klimawandels zunehmen.

Die Mehrzahl der afrikanischen Staaten emittiert geringe Mengen klimaschädlicher Gase infolge des vergleichsweise geringen Industrialisierungsgrades. Als Ausnahme müssen die Abfackelung von Erdgas in Angola und Nigeria sowie die starke Kohlenutzung in Südafrika betrachtet werden.

Der größte Ausstoß von CO₂ ergibt sich aus der fortschreitenden Entwaldung Äquatorialafrikas. Der in den afrikanischen Wäldern gebundene CO₂-Vorrat wird auf rund 60 Mrd. Tonnen geschätzt. Im globalen Vergleich speichert lediglich das Amazonasbecken mehr CO₂. Damit erfüllen die afrikanischen Wälder eine unersetzbare Funktion zur Stabilisierung des Weltklimas. Entsprechende finanzielle Anreize zum Erhalt des Regenwaldes müssten in naher Zukunft systematisch aufgebaut werden.

Deutschland unterstützt die „Waldpartnerschaft für das Kongobecken“ (CBFP) und hat im vergangenen Jahr die Präsidentschaft dieser Initiative übernommen. Im zentralafrikanischen Kongobecken befindet sich das weltweit zweitgrößte Waldgebiet. Noch ist es nicht gelungen, die Bedrohung der Wälder durch illegalen Holzeinschlag, Brandrodung und sonstige Übernutzung zu verhindern. Ursächlich dafür sind unter anderem eine unkontrollierte Rohstoffausbeutung, schwache Regierungen und die Nutzung von Holz zum Kochen und Heizen von rund 500 Millionen Afrikanerinnen und Afrikanern.

Nach Angaben der Welternährungsorganisation (FAO) gehen weiterhin jährlich 1,3 Mio. ha Wald in der Region unwiederbringlich verloren. Erst jüngst (Dezember 2007) hat die Nichtregierungsorganisation Global Witness festgestellt, dass keine annähernd ausreichende Überwachung zum Schutz der Wälder existiert. Die materiellen Vorteile des Walderhalts für die relevanten lokalen und nationalen Akteure beim Waldschutz sind zu gering, als dass sie die Interessen eines ungebremsten Holzeinschlags ausgleichen könnten. Die Organisation spricht sich daher für ein Moratorium industriell betriebener Waldnutzung aus, bis ein verlässlicherer Rahmen für eine nachhaltige Nutzung besteht.

Auch wenn es selbstverständlich werden muss, alle entwicklungspolitischen Programme auf ihre Klimaverträglichkeit zu überprüfen und gezielte Klima- und Ressourcenschutzprogramme und Projekte auszuweiten, kann allein mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit keine adäquate Antwort auf die Herausforderung des Klimawandels gegeben werden. Am Ende des Post-Kyoto-Prozesses müssen neue Abkommen inklusive neuer Finanzierungsinstrumente stehen, um wirkungsvoll die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu minimieren und die betroffenen Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Umweltverträgliche Landwirtschaft

Die globalen Nahrungsmittelpreise sind seit 2006 stark gestiegen. Nach Zahlen des Amtes für humanitäre Angelegenheiten der Europäischen Kommission (ECHO) stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel im Durchschnitt um 40 Prozent im Jahr 2007 und noch einmal um 20 Prozent in den ersten drei Monaten des Jahres 2008. Seit 2000 hat sich der Weizenpreis verdreifacht, der Preis für Mais und Reis verdoppelt. Von diesen Steigerungen sind afrikanische Staaten – vor allem eine Vielzahl von Netto-Lebensmittel-Importeuren (Net-Food-Importing Countries) besonders betroffen. Zorn und Verzweiflung haben in einer Reihe von Staaten – z. B. Kamerun, Senegal, der Elfenbeinküste, Mauretanien, Äthiopien und Ägypten – zu Aufständen und gewaltsamen Protesten geführt.

Entscheidende Faktoren für die Preissteigerung – wie eine steigende Nachfrage aus Asien, wachsender Konsum von tierischen Produkten, Ernteauffälle, hohe Ölpreise und damit gestiegenen Kosten für Betriebsmittel und Transport, die Nutzung von Biomasse als Agrokraftstoff – werden nach Ansicht von Experten auch in der Zukunft relevant bleiben. Hinzu kommen die oben erwähnten negativen Auswirkungen der Klimawandels auf die landwirtschaftliche Produktion. Steigende Preise für Agrarprodukte sind daher nach Einschätzung von OECD, FAO und Weltbank kein vorübergehendes Phänomen. Auch wenn die Preise volatil werden, wird der Gesamttrend nach oben zeigen.

Die afrikanische Landwirtschaft ist heute von einer niedrigen Produktivität gekennzeichnet. In der Getreideproduktion beträgt sie ein Viertel des globalen Durchschnitts. Die Mehrheit der Armen lebt auf dem Lande, Bauern sind häufig nicht in der Lage, die eigene Ernährung sicherzustellen. Auch wenn es – wie erwähnt – eine Reihe von Gründen für die aktuellen Preissteigerungen gibt, bleibt festzuhalten, dass Afrika zu wenig Lebensmittel für den eigenen Kontinent produziert. Pro Kopf betrachtet ist die Produktion von Nahrungsmitteln im letzten Jahrzehnt zurückgegangen. Wie belastend die hohen Preise für Nahrungsmittel auch sein mögen, sie schaffen auch eine Gelegenheit in Entwicklungsländern, die Produktion anzutreiben, da die Bauern mit entsprechend erhöhten Preisen rechnen können.

Dies setzt allerdings voraus, dass die Bauern am regionalen Marktgeschehen teilnehmen und von den höheren Preisen profitieren können. Oft fehlt es hierzu allerdings an der einfachsten Infrastruktur wie nutzbaren Wegen oder einfachen Lagern.

Umweltverträglichkeit und Wachstum gleichzeitig zu gewährleisten, darin besteht die Herausforderung. Eine dauerhafte Verbesserung der Lebensqualität und die Bekämpfung der Armut müssen in erster Linie auf die Stärkung von Kleinbauern setzen und ihre Produktivität steigern. In der jüngeren Vergangenheit wurde darauf entschieden zu wenig Wert gelegt. Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank haben notwendige Institutionen zur Stärkung der Landwirtschaft geschwächt. Dieses mussten die internationalen Finanzinstitutionen mittlerweile selber einräumen. Afrikanische Regierungen haben es ihrerseits lange Zeit unterlassen, die Landwirtschaft systematisch zu fördern. Zu diesem Ergebnis kamen zuletzt der Weltagrarbericht 2008, die Alliance for a Green Revolution in Africa und der African Environment Outlook des Umweltprogramms der Vereinten Nationen.

Um das Menschenrecht auf adäquate Nahrung erfüllen zu können, müssen internationale Institutionen und nationale Regierungen ihre Schwerpunkte neu setzen: nur eine umweltschonende und sozial gerechte Landwirtschaft wird Ernährungssicherheit in Afrika langfristig gewährleisten können.

Hierfür müssen Bäuerinnen und Bauern zunächst befähigt sein, für sich selbst zu produzieren und Überschüsse lokal und regional zu vermarkten. Bei allen Politikfragen muss die Beteiligung von Frauen gestärkt werden und die Auswir-

kungen einer jeden Intervention auf ihre Arbeit Berücksichtigung finden. Denn Frauen stellen die Mehrheit derjenigen, die in der Landwirtschaft arbeiten.

Der Ausbau der Infrastruktur markiert einen weiteren Schwerpunkt. Waren Straßen vormals auf die Verbindung zur Küste orientiert, wurden Verbindungen zu anderen Regionen oder Nachbarländern vernachlässigt.

Eine weitere Voraussetzung für die Stärkung der Landwirtschaft bildet die Verfügbarkeit von verbessertem Saatgut, das an die Standortbedingungen und veränderte Klimaverhältnisse angepasst ist. Dazu muss die internationale Forschung und gerade auch die eigene afrikanische Expertise über besonders geeignete Nutzpflanzen und Nutztiere ausgebaut und der Wissenstransfer von bereits bestehenden Ergebnissen massiv verbessert werden. Die Afrikanische Union hat sich im Grundsatz auf die Förderung der Landwirtschaft verständigt. Im so genannten African Union's Comprehensive Agriculture Program wird eine jährliche Wachstumsrate von 6 Prozent für die Landwirtschaft angestrebt. Damit möglichst breite Teile der Bauernschaft ihre Produktivität steigern können, ist der Zugang zu Krediten mit erschwinglichen Zinsraten notwendig.

Das asiatische Vorbild einer „grünen Revolution“ taugt nicht als Blaupause für Afrika. Diese hat zwar zu einer Steigerung der Ernteerträge geführt, allerdings mit extrem negativen Folgen für die einfachen Bauern, Arbeiter, die ländlichen Gemeinden und die Umwelt weltweit. Stattdessen sollte der im Weltagrarbericht vorgetragene Ansatz der multifunktionalen, nachhaltigen Landwirtschaft, die eine Erhöhung der Produktion mit dem Schutz von Böden, Wald, Artenvielfalt und Wasser zu verbinden sucht, unterstützt werden.

Afrika verfügt über eine große Zahl von Getreidesorten, die es unbedingt zu erhalten und durch konventionelle Züchtung zu verbessern gilt. Die Orientierung auf wenige Hohertragsorten als Monokultur ist keine Option. Es kommt ganz entscheidend auf die Vielfalt landwirtschaftlich angebaute Pflanzen an, um einen großen Genpool aufrechtzuerhalten, der in der Lage ist, auf veränderte Klimabedingungen zu reagieren.

Anders als in Asien, werden in Afrika nur rund 5 Prozent der Agrarflächen bewässert, die Landwirtschaft basiert auf den „normalen Regenbedingungen“. Diese Wettermuster werden sich infolge des Klimawandels allerdings erheblich verändern. Bewässerungslandwirtschaft im großen Stil scheidet in vielen von Wasserknappheit gekennzeichneten Staaten aus. Gleichwohl können angepasste Bewässerungssysteme im Regenfeldbau ergänzend eingesetzt werden, wenn sichergestellt ist, dass sie effizient mit Wasser umgehen und die Erosion von Böden verhindert wird. Die Wiederverwendung geklärter Abwässer oder aufgefangenen Regenwassers sind weitere wichtige Optionen für bestimmte landwirtschaftliche Bereiche.

Entscheidend wird darum auch eine Verbesserung der Bodenqualität und damit der Wasserbindfähigkeit sein. Eine höhere Bodenqualität reduziert gleichzeitig den Druck zur Abholzung von Wäldern.

Generell muss in der Förderung der Landwirtschaft ein Trend umgekehrt werden. Dieser zeigt einen Rückgang der Investitionen in die Landwirtschaft durch die Gebergemeinschaft seit 20 Jahren. Der Anteil beispielsweise der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) zur Unterstützung der ländlichen Entwicklung ging von 18 Prozent 1979 auf 2,9 Prozent im Jahr 2006 zurück. Die Europäische Union hat angekündigt, die Mittel für die Landwirtschaft im 10. Europäischen Entwicklungsfonds für die Zeit von 2008 bis 2013 auf 1,2 Mrd. Euro zu verdoppeln. Die Weltbank hat angekündigt, bis 2009 das Volumen zur Förderung der afrikanischen Landwirtschaft von 400 Mio. US-Dollar auf 800 Mio. US-Dollar zu verdoppeln.

Die Betonung der Steigerung lokaler und regionaler Produktion bedeutet keine Abwendung vom Weltmarkt. Sie steht nicht im Widerspruch zu der dringend notwendigen faireren und gerechteren Ausgestaltung der Welthandelspolitik, die parallel erfolgen muss. Handelsabkommen müssen den Marktzugang für afrikanische Produkte verbessern. Afrikanische Regierungen müssen mittels spezieller Schutzklauseln in der Lage sein, sensible Bereiche zu schützen. Gefordert ist vor allem ein Ende aller Formen von Subventionen der EU und anderer OECD-Staaten, welche die afrikanischen Märkte behindern und zerstören.

Da die Erfolge einer Förderung der Landwirtschaft sich erst mittel- und langfristig einstellen werden, muss die internationale Gemeinschaft gemeinsam mit den afrikanischen Regierungen parallel auf die aktuelle Krise reagieren. Ohne ein angepasstes System sozialer Sicherheit, zielgerichtete Transfers (zum Beispiel, Schulspeisung, Food for Work), Nahrungsmittelsubventionen für die Ärmsten, verschärft sich die Krise und Destabilisierung in einer ganzen Reihe von Staaten. Dabei gilt es auch den Zugang für die städtischen Armen mit bezahlbaren Lebensmitteln zu verbessern.

Umwelt und Rohstoffnutzung

Viele afrikanische Staaten sind reich an natürlich vorkommenden Rohstoffen, wie Erdöl und -gas, verschiedenen Metallen und Holz. Die Einnahmen aus dem Handel mit diesen Rohstoffen bilden die mit Abstand größte Devisenquelle dieser Staaten. Trotzdem hat sich die Lebenssituation vieler Menschen in den ressourcenreichen Ländern nicht verbessert. Im Gegenteil leidet besonders die lokale Bevölkerung unter den sozialen und ökologischen Auswirkungen der Rohstoffförderung. Auf der anderen Seite hat sich in den rohstoffreichen Ländern Afrikas eine gesellschaftliche und politische Elite etabliert, die über Repression und Korruption die Pfründe unter sich aufteilt. Die ungleiche Verteilung der Gewinne aus dem Rohstoffgeschäft führt über kurz oder lang zu starken sozialen Spannungen in den Abbaugebieten und zu Auseinandersetzungen über die Kontrolle rohstoffreicher Gebiete.

Die internationale Gemeinschaft muss langfristig ein Rohstoffregime errichten, welches sich zu Transparenz und Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards verpflichtet. Erste Schritte dahingehend sind schon unternommen worden, zum Beispiel durch die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), die Transparenz und Rechenschaftspflichten im Rohstoffsektor einführen will. Dafür legt EITI Kriterien fest, nach denen sowohl die Unternehmen als auch die Regierungen ihre Einnahmen aus den Rohstoffgeschäften und die Finanztransfers öffentlich zugänglich machen.

Aus Afrika nehmen 15 Staaten an der Initiative teil, die zurzeit Kandidatenstatus haben und innerhalb von zwei Jahren die EITI-Kriterien implementieren müssen. Zwei der afrikanischen Staaten, Mauretanien und Guinea, nehmen darüber hinaus als Pilotländer an der so genannten Initiative „EITI++“ teil. EITI++ bezieht auch die Konzessionsvergabe, die Vertragverhandlungen und die Ausgabenpolitik der Regierungen in die Transparenzverpflichtungen mit ein. Diese Versuche werden durch das offensive Auftreten neuer Akteure, namentlich China, auf dem afrikanischen Rohstoffmarkt gefährdet. Aber auch die Ölkonzerne und Finanzinstitutionen der westlichen Industriestaaten sind noch weit davon entfernt, einen nachhaltigen Umgang mit den Rohstoffen Afrikas zu fördern. Mehrere deutsche Banken sind in Afrika an der Finanzierung von Öl- und Gasunternehmen beteiligt, u. a. in Angola und Nigeria. Beide Länder sind trotz hoher Einnahmen aus dem Ölsektor unterentwickelt und gehören zu den korruptesten Staaten weltweit. Die Abhängigkeit vom Ölexport ist enorm und hemmt im Zusammenspiel mit mangelhafter Regierungsführung eine nachhaltige, wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Ein internationales Rohstoffregime muss flankiert werden durch die Stärkung guter Regierungsführung und den verantwortungsvollen Umgang mit den Rohstoffgewinnen in den rohstoffreichen Ländern Afrikas. Darüber hinaus muss die Entwicklungszusammenarbeit in entsprechenden afrikanischen Partnerländern die notwendigen Impulse setzen, die auf lange Sicht die wirtschaftliche Abhängigkeit afrikanischer Staaten von ihren Rohstoffen sukzessive mindert.

Wasser und Umwelt

Die Millenniumsziele bei Wasser und Sanitärversorgung sind Teil der Ziele zur ökologischen Nachhaltigkeit. Dies weist darauf hin, dass Wasser eine zentrale Funktion in den Ökosystemen erfüllt, auf die jede sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung angewiesen ist. Die Umsetzung der Millenniumsziele bei Wasser und Abwasser muss daher auf Basis einer nachhaltigen Wasserbewirtschaftungsstrategie, dem Integrierten Management von Oberflächengewässern und Grundwasser, vorangetrieben werden. Ziel ist es dabei, die Verfügbarkeit und Qualität der Wasserressourcen zu bewahren oder zu verbessern und einen gesellschaftlichen Konsens über Prioritäten der Verwendung Wasserressourcen herzustellen. Zudem müssen Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel getroffen werden, denn Veränderungen im Wasserhaushalt, wie etwa zunehmende Dürren oder Fluten, stehen bei den Folgen der globalen Erwärmung an erster Stelle mit komplexen Folgen für die Wasserverfügbarkeit und Qualität. Dies schadet nicht nur den Ökosystemen, sondern auch den stark agrarisch geprägten Ökonomien Afrikas, da die Landwirtschaft ganz besonders auf Wasser als Produktionsfaktor angewiesen ist.

Nüchterne Zahlen unterstreichen deutlich die herausragende Bedeutung von Wasser und Abwasser für Afrika: Die Arbeitsausfälle und Gesundheitsausgaben, die südlich der Sahara wegen unhygienischer Wohn- und Lebensbedingungen infolge unzureichender Wasser- und Sanitärversorgung auftreten, kosten Afrika laut UNDP jährlich 5 Prozent der Wirtschaftskraft. Verschmutztes Wasser verursacht 80 Prozent der Krankheiten in Entwicklungsländern.

Die außerordentliche Bedeutung, die Wasser als Umwelt- und Entwicklungsthema für Afrika besitzt, hat der UN-Generalsekretär in seiner Rede beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2008 unterstrichen: „Wir müssen diese knappe Ressource besser managen. Darum versammeln wir die Führungspersönlichkeiten der Welt diesen September bei den Vereinten Nationen für ein entscheidendes hochrangiges Treffen zu den Millenniumzielen, das sich besonders auf Afrika konzentriert. Wir müssen die Weltmeinung mobilisieren und den politischen Willen fokussieren. Was wir letztes Jahr für den Klimawandel getan haben, wollen wir 2008 für Wasser und Entwicklung tun.“ Zwei Ereignisse sollten genutzt werden, um eine solche Initiative voranzutreiben: Der Gipfel der Afrikanischen Union zum Thema „Wasser und Sanitärversorgung“ im Juli, für den der Beraterkreis für Wasser- und Sanitärversorgung des UN-Generalsekretärs (UNSGAB) geworben hatte, sowie der G8-Gipfel in Japan.

Besondere Aufmerksamkeit gilt im „UN-Jahr der sanitären Grundversorgung 2008“ dem Bereich des Abwassermanagements, bei dem die Defizite in Afrika international am größten sind. Haushalts- und Industrieabwässer bleiben ganz überwiegend ungeklärt und verschmutzen die Gewässer. Prognosen zufolge wird das Sanitärversorgungsziel erst 2076 statt 2015 erreicht. Ökologisch und ökonomisch vielversprechende Konzepte wie die wiederverwertungsorientierte Sanitärversorgung, die Wiederverwertung von Abwässern zur landwirtschaftlichen Bewässerung, oder auch des „Erntens“ von Regenwasser (rainwater harvesting) müssen entschlossener unterstützt werden.

Umwelt und Handel

Gerade erst hat ein Bericht des Entwicklungsausschusses des Europäischen Parlaments festgestellt (2007/2183, INI) festgestellt, dass die EU erheblich an der Ausbeutung natürlicher Ressourcen in Afrika beteiligt ist und so zur Gefährdung der Artenvielfalt und Bedrohung der Lebensgrundlagen von Teilen der Bevölkerung beiträgt.

Beispiel Westafrika: Dort ist die EU mit rund 80 Prozent Hauptabnehmer der Fisch- und Holzexporte aus der Gemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS). Doch diese Ressourcen fehlen den Menschen vor Ort. Darüber hinaus beteiligen sich europäische Firmen an den in Westafrika weit verbreiteten illegalen und destruktiven Methoden zum Fischfang und Holzabbau.

Wald durchzieht Westafrika von Guinea bis Kamerun. Neben dem Kongobecken ist dies das größte Forstgebiet des Kontinents. Vom ursprünglichen Wald stehen aber nur noch 12,7 Prozent. Das meiste Holz wird exportiert und führt zu erheblichen Deviseneinnahmen. Allerdings gehen noch mehr Einnahmen durch illegalen Raubbau verloren. Von Äquatorialguinea bis Kamerun wird nach Untersuchungen des WWF 50 bis 80 Prozent des Holzes illegal, unregistriert und unreguliert geschlagen.

Im Grundsatz hat die Europäische Kommission erkannt, dass eine Zertifizierung und Begrenzung von Fischerei und Waldnutzung notwendig ist. Ebenso, dass ein Vorrang für die lokale und regionale Bevölkerung bei der Nutzung von Fisch oder der Nutzung des Waldes erforderlich ist. Das Beispiel zeigt jedoch auch, dass der Erhalt der natürlichen Ressourcen mehr denn je auf globale Übereinkommen angewiesen ist.

Umwelt und Energie

Die Tatsache, dass rund 70 Prozent der afrikanischen Bevölkerung ausschließlich auf die Nutzung von Biomasse als Energiequelle angewiesen sind, unterstreicht die Bedeutung eines verbesserten Zugangs zu modernen und bezahlbaren Formen der Energienutzung. Allein 400 000 Afrikaner – vor allem Frauen und Kinder – sterben jährlich an Krankheiten, die durch die Energienutzung ausgelöst werden („in door air pollution“). Und selbst dort, wo nationale Leitungssysteme bestehen, sind sie nicht ausreichend, verlässlich und kontinuierlich bei der Stromerzeugung. Im Zuge der gestiegenen Ölpreise verschärft sich die Situation für Öl importierende Länder zusätzlich. Die Steigerung der Ölpreise zwischen 2003 und 2005 führte zu einem um 3,5 Prozent verringertem BIP laut Angaben der OECD.

Wirtschaftliche Aktivitäten sind fast immer abhängig von der Verfügbarkeit von Energie. Innovative Energiepolitik und die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung hängen direkt zusammen.

Die afrikanischen Staaten zeigen ein verstärktes Interesse an der Kooperation mit Industrieländern, um Energie aus Wasser, Wind, Sonne und Biomasse herzustellen. Das große Potential der Nutzung erneuerbarer Energien ist bei weitem nicht ausgeschöpft. Die Staatengemeinschaft hat sich für die Förderung erneuerbarer Energien auf der Bonner Konferenz für erneuerbare Energien 2004, dem G8 Gipfel in Geneagles und zuletzt beim EU-Afrika Gipfel durch die so genannte EU-Afrika Energiepartnerschaft ausgesprochen.